Neu eingeführte Ungleichbehandlungen innerhalb der Schulklassen je nach Impfstatus sind mit gesundheitlichen Kriterien nicht zu begründen. Das einzige Motiv kann Schikane sein – mit dem Ziel, durch Corona nicht gefährdete Kinder zu einer Impfung zu bewegen. Dieses Vorgehen ist in jeder Hinsicht verwerflich: Die Schulen und der Gruppenzwang werden als „Hebel“ einer destruktiven Politik eingesetzt und gesellschaftliche Konflikte dadurch in die Klassen und in die Familien getragen. Die untertänige Umsetzung von solchen pädagogischen und gesellschaftlichen Irrwegen durch die Schulen ist sehr bedenklich. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220120_Corona_Schulen_setzen_Gruppenzwang_um_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die jüngsten Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz zum „Schutz“ der Bevölkerung können ganz allgemein als gesundheitlich irrational und gesellschaftlich destruktiv bezeichnet werden. Besonders heraus stechen dabei die Regelungen, die Kinder und Schulen betreffen. Die noch immer offiziell als „Schutz“ bezeichnete Drangsalierung der jungen Menschen wird auf eine neue Stufe gehoben, indem die Schüler einiger Bundesländer auch innerhalb der Klassengemeinschaften ungleich behandelt werden sollen.

Kriterium für die (zusätzliche) Aufteilung der Schüler in den Klassen ist der Impfstatus von jungen Menschen. Für diese Altersgruppe bedeutet Corona ganz überwiegend keinerlei Risiko (während das bei einer noch nicht angemessen erforschten und noch als experimentell zu bezeichnenden Corona-Impfung langfristig anders aussehen könnte). Gleichzeitig steht fest, dass die Corona-Politik und die dadurch auch in den Schulen Einzug haltende Paranoia und Ignoranz gegenüber den Schülerbedürfnissen erhebliche gesellschaftliche Risiken bergen.

Gruppendruck wird in den Klassen vorsätzlich geschürt

Wie Medien berichten, gilt nach Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz jetzt etwa in Schulen in Berlin und Brandenburg: Enge Kontaktpersonen, die geboostert, frisch geimpft oder frisch genesen sind, sowie Genesene, die eine Impfung

absolviert haben, sind von einer Pflicht zur Quarantäne ausgenommen. Nicht geimpfte Kinder oder jene, auf die obige Kriterien nicht zutreffen, müssen sich dagegen als Kontaktpersonen in eine zehntägige Absonderung begeben, Freitesten nach fünf Tagen möglich.

Laut den Berichten werden bezüglich der Tests bei Schülern zudem Genesene und vollständig Geimpfte den Getesteten gleichgestellt. Sie können also (im Gegensatz zu nicht geimpften Kindern) auf die wöchentlich verpflichtenden Corona-Tests in Schulen verzichten, heißt es in den jeweiligen „Corona-Eindämmungsverordnungen“ beider Länder. Diese Ungleichbehandungen kommen zu bereits existierenden Verwerfungen in den Schulen durch die Corona-Politik hinzu – und zu den bereits vor Corona bestehenden Konflikten etwa mit sozialen Hintergründen.

Zwei Berliner Kinder, die nebeneinander in der Klasse sitzen, werden jetzt also bei Testungen und bei der Verpflichtung zur Absonderung möglicherweise völlig unterschiedlich behandelt. Der eine Schüler wird unter Umständen als „besondere“ Gefahr abgesondert, der andere nicht. Mindestens eine Berliner Schule hat nun die Eltern angeschrieben: Für die reibungslose Umsetzung des Prozesses sollen die Eltern doch bitte dem Sekretariat den Impfstatus des Kindes mitteilen – selbstverständlich „freiwillig“.

Wer bei diesen Vorgängen die Gefahr der potenziellen Entfaltung von Gruppendruck in den Klassen kleinredet, hat keine Ahnung oder verfolgt meiner Meinung nach niedere Motive. Diese Regelungen und die vorsätzlich hergestellten Unterschiede sind selbst mit den (bereits fragwürdigen) offiziellen Zielen des „Gesundheitsschutzes“ nicht zu rechtfertigen. Sie sollen ganz offensichtlich ein zusätzliches Werkzeug bei der indirekten Impfpflicht sein. Dieser Druck ist bei allen Bürgern abzulehnen, wird er aber auf Kinder ausgeübt, ist er überhaupt nicht mehr zu akzeptieren.

Die untertänige Akzeptanz durch viele Schulen

Die Schulen setzen hier Weisungen um. Was aber zunehmend irritiert, ist die schweigende und untertänige Akzeptanz von nicht rational begründeten „Maßnahmen“ durch viele Schulen und viele Elternvertretungen. Inzwischen kann man sich als Pädagoge und Verantwortlicher für junge Menschen auch nicht mehr hinter „rasant steigenden Corona-Zahlen“ verstecken: Die Zahlenbasis der Corona-Politik steht unter höchstem Manipulationsverdacht, das ist mittlerweile Allgemeinwissen, wenn man sich diesem Wissen nicht aktiv versperrt (unter vielem

anderen hier oder hier oder hier oder hier oder hier oder hier oder hier). Die Verantwortung, die aus einer Akzeptanz der Corona-Politik erwächst, haben die NachDenkSeiten kürzlich so formuliert:

> *„Die Unterstützer der Corona-Politik nehmen eine Entwicklung billigend in Kauf, die in den vergangenen Monaten Kinder und Jugendliche Bildungsentzug, Sportverbot, Computersucht, häuslicher Gewalt, sozialer Erniedrigung und vielen anderen Gefahren ausgesetzt hat. Die Maßnahmen richten zudem in allen gesellschaftlichen Bereichen großen Schaden an, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen. Mutmaßlich soll die Corona-Politik zudem Entwicklungen zur massenhaften Überwachung (digitaler Impfpass, digitale Identitäten etc.) begünstigen.“*

Und selbst wenn man die oft absoluten und darum aussagelosen offiziellen Zahlen zu „Inzidenzen“ (und so weiter) noch ernst nimmt – selbst dann liefern auch diese offiziellen „Zahlen“ keinen Anlass für die unerträgliche Behandlung unserer Kinder durch die Corona-Politik und ihre Mitläufer. Die Folge aus dieser Erkenntnis muss (mindestens) die Forderung sein, sämtliche Corona-Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche umgehend und ersatzlos abzuschaffen – in der Schule und auch sonst überall!

Durch die neuen Regelungen soll ein gesellschaftlicher Konflikt nicht nur in die Schulen getragen werden: Auch innerhalb der Familien werden Konflikte geschürt, wenn die Kinder durch Schikanen in der Schule motiviert werden, zu Hause eine Impfung einzufordern, um dem Gruppenzwang in der Klasse gerecht zu werden (um Gesundheit geht es hier ja nicht). Maßnahmen, die solche Prozesse in Gang setzen, sind prinzipiell abzulehnen – ganz egal, wie man zur Corona-Politik steht.

Titelbild: gpointstudio / Shutterstock

Mehr zum Thema:

Die Corona-Politik macht unsere Kinder lebensmüde

Corona: Nehmt die Kinder vor den „Beschützern“ in Schutz

Impfung für Schüler: Die „übergriffige“ Senatorin

Die „Impfangebote“, die man nicht ablehnen kann

Politik auf Kosten der Kinder

Kinder-Impfung: Drangsalierung wird weiter als „Schutz“ dargestellt

Offener Brief an die Berliner Gesundheitssenatorin zur unzureichenden wissenschaftlichen Datenlage für Impfungen und rigide Corona-Maßnahmen für Kinder

Spahn mit Lernschwächen. Gesundheitsminister plädiert für Schulen in anhaltendem Notstandsmodus.

Covid-Impfungen, Schulschließungen und Maskenzwang: Wie gefährdet sind unsere Kinder?

Forum Schule – wie weiter? Erste Zwischenbilanz